

Die Alpenrepublik  
überrascht mit  
wirtschaftlichen Erfolgen

## „Felix Austria“

Ansgar Lange

In den vergangenen Monaten war viel von „Felix Austria“ die Rede. Österreich sei angeblich das „bessere Deutschland“, da es wirtschaftlich viel prächtiger dastehe als der einst als übermäßig empfundene Nachbar Deutschland. Ohne Zweifel hat das Image eines Landes auch viel damit zu tun, ob die PR-Maschinerie gut geölt ist. Außerdem konnte das kleine Nachbarland im Jahr 2005 relativ leicht gegen ein abgebranntes Schröder-Deutschland gewinnen. Denn der Bundeskanzler wirkte in den letzten Monaten seiner Regenschaft längst nicht mehr so emsig wie nach seiner Amtszeit, als er in Windeseile lukrative Aufträge für sich an Land zog. Eine Studie, die das Düsseldorfer *Handelsblatt* in Auftrag gegeben hat, brachte kurz nach Angela Merkels Amtsantritt wieder gute Noten für Deutschland, weil dort wieder angepackt und nicht nur Show gemacht wird.

Das Klima hat sich gewandelt. Die über tausend befragten Spitzenmanager aus verschiedenen Ländern halten Deutschland wieder für wettbewerbsfähiger. Das von der Hü-und-Hott-Politik Schröders erlöste Land bekommt in puncto Wettbewerbsfähigkeit die Note 2,8 und rückt damit im Vergleich zu den Vorjahren deutlich auf. Die Skala reichte von eins (sehr gut) bis fünf (sehr schlecht). Deutschland liegt wieder gleichauf mit dem EU-Durchschnitt. Die Schweiz, Österreich und Großbritannien haben der *Handelsblatt*-Studie zufolge die Note 2,6 bekommen und werden etwas besser eingeschätzt. Unangefochten an der Spitze liegt weiterhin

China; doch das Reich der Mitte startet auch unter völlig anderen Voraussetzungen als die europäischen Länder.

War also gar nichts dran an den Abgesängen auf die „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) und den Hymnen auf den neuen Musterknaben Österreich? Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache und bestätigen die konsequente Reformpolitik von Wolfgang Schüssel (ÖVP). Der christdemokratische Regierungschef setzt auf den Schulterschluss mit Angela Merkel und der von ihr geführten Bundesregierung und erhofft sich, dass „unser wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner Deutschland wiederum zu einer Wachstumslokomotive in Europa wird. Wenn das gelänge, dann wäre es nicht nur für Österreich gut, sondern auch für Deutschland und wahrscheinlich für ganz Europa.“

Der Vergleich zwischen Deutschland und Österreich ist deshalb so spannend, weil beide Länder viele Gemeinsamkeiten in Sprache, Kultur und Geschichte teilen. In ökonomischer Hinsicht gibt es zwischen den beiden Nachbarstaaten in der Mitte Europas einige Unterschiede. Die österreichische Wirtschaft war in der Vergangenheit noch stärker als die deutsche von Eingriffen des Staates geprägt. Während sich der Staat in der Amtszeit von Wolfgang Schüssel stärker zurückgezogen hat, gilt Deutschland laut dem „2006 Index of Economic Freedom“ erstmals seit zwölf Jahren als „wirtschaftlich frei“. Die Heritage-Foundation und das Fraser-Institut veröffentlichten seit über

zehn Jahren jährlich einen internationalen Vergleich der wirtschaftlichen Freiheit. Deutschland schnitt dabei in den letzten Jahren nicht mehr erstklassig ab, nicht nur weil sich hier zu Lande die wirtschaftliche Freiheit ständig verringerte, sondern weil sich viele andere Länder in dieser Hinsicht deutlich verbesserten und an Deutschland vorbeizogen. „Es fällt auf, dass besonders Kleinstaaten einen exzellenten Platz einnehmen. Sie können es sich eben nicht erlauben, sich abzuschotten oder ökonomisch einzuschlafen“, so Professor Gerd Habermann, Direktor des Unternehmerinstitutes der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer. Wie es scheint, hat der Kleinstaat Österreich diese Lektion beherzigt.

Die Alpenrepublik hatte 2005 die niedrigsten Unternehmensteuern in der EU und trat somit in direkte Konkurrenz zur Slowakei. Die Arbeitslosenquote ist mit etwas mehr als fünf Prozent ungefähr halb so hoch wie in Deutschland. Allerdings ist das Land für den demografischen Wandel nicht sehr gut gerüstet: Nur noch dreißig Prozent der 55- bis 65-jährigen Österreicher stehen in einem regulären Beschäftigungsverhältnis.

Die Menschen mögen Rankings. Dies merkt man bei jedem Sportwettkampf, wenn der Blick auf den Medaillenspiegel fällt. Kein anderes EU-Land hat nach einer Studie des Manager-Magazins so viele Standorte in den Top Hundert der Rangliste der 1207 EU-Regionen wie Österreich. Zurzeit sind es achtzehn. Lediglich das deutlich kleinere Irland schneidet mit seinen insgesamt acht Regionen noch besser ab. Im Vergleich zu Deutschland sei Österreich der eindeutig attraktivere Wirtschaftsstandort. „Österreich bietet gerade anspruchsvollen Produktionsunternehmen ein exzellentes Preis-Leistungs-Verhältnis“, sagt Henner Lüttich, Geschäftsführer der Standortberatungsfirma Contor und Autor der Studie. Sämtliche österreichischen Regionen lä-

gen vor den besten deutschen, so ein Resultat der Untersuchung.

## Erfolge am Arbeitsmarkt

Ein Standortvergleich, der aus reinem Masochismus betrieben wird, bringt nichts. Aber vielleicht können sich die „Piefkes“ ja in einigen Punkten etwas bei den „Ösis“ abgucken. Und hier ist besonders der österreichische Arbeitsmarkt interessant, weil Schüssel und Co. in diesem Feld unbestrittene Verdienste vorzuweisen haben. Und für die große Koalition in Berlin ist auch klar: Ihr Schicksal hängt an den Erfolgen am Arbeitsmarkt.

Man könnte die folgenden Überlegungen zur Arbeitsvermittlung auf die plakative Formel bringen: Moloch Bundesagentur für Arbeit (BA) versus effiziente Arbeitsvermittlung in Österreich. Bei Rekordarbeitslosigkeit ist eine besonders gute Arbeitsvermittlung vonnöten. Doch diese scheint in Deutschland nicht sehr rekordverdächtig zu sein. Der Staat reglementiert nach Ansicht von Experten den Arbeitsmarkt immer noch viel zu stark. Und auch die Arbeitsvermittlung ist zu einem großen Teil weiterhin staatlich organisiert. In früheren Zeiten war die Bundesanstalt für Arbeit (BA) erfolgreicher; weil sie ihre Zahlen fälschte. Vor rund vier Jahren erschütterte daher ein Skandal die Republik, als herauskam, dass die damalige BA rund siebzig Prozent ihrer Vermittlungen falsch verbuchte und nicht einmal jeder fünfte Arbeitslose mithilfe der Nürnberger Behörde wieder eine neue Stelle fand. Nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) haben etwa 15 000 „reine“ Vermittler der neuen Bundesagentur für Arbeit zuletzt nur noch knapp einer halben Million Kurz- und Langzeitarbeitslosen zu einer neuen Stelle verholfen. „Beim Amtsantritt der rot-grünen Regierung waren es – mit 11 000 Vermittlern – noch fast dreimal so viel, jedenfalls auf dem Papier“, bilanzierte die FAZ. 2004 musste ein Arbeitslo-

ser durchschnittlich achtunddreißig Wochen auf einen neuen Job warten.

Die Österreicher waren bei ihren Reformen am Arbeitsmarkt schneller und effektiver. Schon Mitte der neunziger Jahre stellte die Regierung die Intensivierung der Vermittlungsbemühungen in den Mittelpunkt ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik. In Deutschland machte man sich erst 2002 und 2003 mit den so genannten Hartz-Gesetzen Gedanken um ein verbessertes Betreuungsverhältnis, dezentrale Strukturen und konsequente Kundenorientierung. Dem österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) gelang es, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 126 Tagen 1994 auf 101 Tage 2003 zu verkürzen und den Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen von 18,4 auf 7,9 Prozent zu verringern. Zugleich blieben offene Stellen durchschnittlich nur noch dreißig Tage unbesetzt. 1994 waren es noch 45 Tage. Allerdings musste der AMS wegen der Frühverrentungspraxis kaum ältere und schwer vermittelbare Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt integrieren.

### Eine Einstellungsfrage

Die neue Bundesregierung in Berlin versucht, den Menschen wieder Mut zu machen und sie zum Anpacken zu animieren. Denn gerade an der richtigen Einstellung hat es in den vergangenen Jahren gemangelt. Die alten Länder-Klisches stimmen längst nicht mehr: hier die bequemen und bedächtigen „Ösis“, dort die fleißigen, preußisch gesinnten „Piefkes“. Österreichische Erwerbstätige arbeiten pro Arbeitstag fünfzig Minuten länger als ihre west- und zehn Minuten länger als ihre ostdeutschen Kollegen. Im Vergleich zu den Österreichern mit 1550 Stunden pro Jahr und den Eidgenossen mit 1510 Stunden arbeiteten die Deutschen mit nur 1446 Stunden auch im Jahresschnitt viel zu wenig. Aufgrund der längeren Arbeitszeiten verdienten die Österreicher

trotz geringerer Stundenlöhne kaum weniger als die Deutschen.

Stefanie Wahl, Geschäftsführerin des Bonner Institutes für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG Bonn), bringt dies auf die Formel: „Bei den Österreichern hat man das Gefühl, sie wollen stärker vorankommen, sie wollen irgendwie ihr Land zukunftsfähig gestalten.“ So gebe es beim österreichischen „Wirtschaftswunder“ auch Schattenseiten, doch entscheidend sei der Wille, etwas zu verändern. Trotz hoher Gewerkschaftsdichte – 96 Prozent der abhängig beschäftigten Österreicher sind gewerkschaftlich organisiert – funktioniere das österreichische Modell der Arbeitsvermittlung besser als in Deutschland, da für alle Parteien eine geringe Arbeitslosigkeit das Ziel Nummer eins sei. „Die Einstellungsfrage beherrscht im Grunde die gesamte Behandlung des Arbeitslosenproblems“, resümiert Wahl, die ein Buch darüber geschrieben hat, wie Deutschland, Österreich und die Schweiz mit der Massenarbeitslosigkeit umgehen.

Wichtig sei eine weitere Reform des Kündigungsschutzes, meint Helmut Reisinger, selbst gebürtiger Österreicher und seit mehreren Jahren in Deutschland als Geschäftsführer eines IT-Dienstleisters tätig. „In Österreich gibt es klare gesetzlich geregelte Abfindungen“, so Reisinger. „Das ermöglicht klare Berechenbarkeit für ein Unternehmen. In Deutschland hat man dagegen laufend die gesamten Prozesskosten zu berechnen und extrem viel Verhandlungsmasse.“ In Österreich könnten die Menschen auch nicht grundlos aus den Betrieben hinausgeworfen werden, doch der Kündigungsschutz sei nicht so rigide wie hier. Anders als in Deutschland gebe es in der Alpenrepublik daher den klaren Trend, dass in der Regel eine offene Stelle bereits innerhalb von einem Monat wieder besetzt werden kann. Da die Unternehmen ein größeres Grundvertrauen hätten und juristisch

nicht so stark an die Kandare genommen würden, seien sie auch viel eher bereit, neue Mitarbeiter einzustellen.

### Grund zur Zuversicht

Doch der Österreicher Reisinger ermuntert die Deutschen, mit mehr Optimismus in die Zukunft zu schauen und das eigene Schicksal wieder in die Hand zu nehmen. „Deutschlands Problem ist der Erfolg der Vergangenheit“, sagt der Manager. „Die alten Rezepte, die über dreißig oder vierzig Jahre sehr gut funktioniert haben und den rheinischen Kapitalismus ausmachten, haben ausgedient. Die Deutschen waren die Exportweltmeister, sie waren die Urlaubsweltmeister, die Deutsche Mark war eine bewunderte knallharte Währung. Dies sorgte für einen Adrenalin-schub an Selbstvertrauen. Dann schafften die Deutschen auch noch die Wiedervereinigung und hatten für einen Moment der Weltgeschichte sozusagen die vier großen Mächte im Griff. Erfolgsstory reihte sich an Erfolgsstory. Daher ist es verständlich, wenn die Menschen und die Unternehmen Schwierigkeiten haben mit der Umstellung.“

Stefanie Wahl und Helmut Reisinger betonen, dass Deutschland über großes Potenzial verfüge. Es beheimate viele Unternehmen mit großer Zugkraft und sei wegen seiner schieren Größe für ausländische Unternehmen ein interessanter Markt. Das kleinere Österreich betrachteten ausländische Investoren eher als Brückenkopf, um die Märkte in Mittel- und Osteuropa zu bedienen. Außerdem würden Produktivität und Wachstum der österreichischen Wirtschaft durch Forschungs- und Entwicklungsergebnisse „Made in Germany“ wesentlich stärker angekurbelt als durch die schwache heimische Forschung, die es nur zu sehr wenigen Patentanmeldungen bringe.

An den Fakten lässt sich wenig ändern. Deutschland muss auch weiterhin für die Einheit bezahlen, und Österreich wird

weiterhin davon profitieren, dass es durch den Beitritt zur EU und die Osterweiterung von der Peripherie ins Zentrum gerückt worden ist. Immerhin rund tausend ausländische Firmen koordinieren von Wien aus ihre Geschäfte. Ein Hauch von Habsburg liegt wieder über der Alpenrepublik. Alexander Ross, freier Autor für die Zeitschrift *Cicero* und *Spiegel-Online*, sagt sarkastisch: „Der eine ist Wirt, der andere Parasit.“ Doch auch die Deutschen profitieren von Österreich. Zehntausende Arbeit Suchende vor allem aus Ostdeutschland sind in den vergangenen Jahren nach Österreich gekommen.

Die beiden Länder stehen vor großen Herausforderungen. Österreich ist im ersten Halbjahr 2006 für sechs Monate die Stimme Europas. So möchte die charmante Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) übertriebenen Erwartungen zwar entgegenwirken. Das kleine Österreich könne keine Wunder vollbringen. Doch mittlerweile ist das Land das fünftreichste in der EU, verfügt über eine gesunde Wirtschaft und hohe Sozialstandards. Die gelungene Pensionsreform wird von vielen als das Prunkstück der Schüssel'schen Wirtschaftsreformen angesehen. Vielleicht kann die EU unter der Wiener Präsidentschaft wieder ein wenig mehr Augenmerk auf die Lissabon-Strategie richten. Chirac und Schröder verstanden Europa als anti-amerikanische Kampfgemeinschaft. Von den Österreichern kann man lernen, dass der Kontinent besser bei Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum punkten sollte. Und mit Angela Merkel als Kanzlerin sind nun die Chancen gegeben, dass Deutschland wieder mehr auf seine kleineren Nachbarn schaut und nicht wie weiland Deutschland und Frankreich versucht, den Österreichern eine Lehrstunde in Demokratie zu erteilen. Eine Lehrstunde in Ökonomie dürfte der Nation, die immerhin Ludwig Erhard hervorgebracht hat, nun selbst nicht schlecht anstehen.